

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 111. Ratssitzung vom 6. Juli 2016

2083. 2016/153 Weisung vom 11.05.2016 Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2016

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2016 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	23 699 500	2 700 000
2. Kreditübertragungen	+9 062 000 -9 062 000	+260 000 -260 000
Zusatzkredite brutto	23 699 500	2 700 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	23 699 500	2 700 000
- den Kreditübertragungen von	+9 062 000	+260 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-9 062 000	-260 000
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-23 372 800	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	326 700	2 700 000

Eintretensdebatte:

2 / 29

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Walter Angst (AL) die Weisung und die Kommissionsmehrheit zu den Zusatzkrediten I. Serie 2016 vor.

Walter Angst (AL): *Mit einem Saldo von insgesamt 0,3 Millionen Franken Mehrausgaben wird hier ein bescheidener Betrag beantragt. Man muss in diesem Zusammenhang aber darauf hinweisen, dass mit dem Trimesterbericht I/2016 Anträge gestellt werden, über die wir im September beschliessen müssen. Globalbudgetergänzungen bei den Stadtspitälern in der Höhe von 22,6 Millionen Franken würden die Stadtkasse direkt belasten. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hat zahlreiche Fragen gestellt und dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die fristgerechte und ausführliche Beantwortung. Umstrittene Bereiche, in denen Anträge gestellt wurden, sind die zusätzlichen Abschreibungen bei Entsorgung + Recycling (ERZ) Abfall, die Ausgaben beim Amt für Baubewilligungen (AfB) wegen Mutterschaftsvertretung und der mittels Kreditübertragung beantragte Ausbau der Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern.*

Kommissionsminderheit:

Stefan Urech (SVP): *Alle paar Monate öffnet der «Selbstbedienungsladen» im Rathaus seine Tore. Was in der Privatwirtschaft völlig undenkbar ist, gehört hier zum eingespielten und scheinbar selbstverständlichen Ritual. All jene, die beim letzten «Grosseinkauf» im Dezember etwas vergessen haben, in der Zwischenzeit bereits Nachschub brauchen oder merken, dass sie etwas ganz anderes haben sollten, kommen und werden von den rot-grünen Fraktionen herzlich begrüsst. Das ist erstaunlich; wenn sich in der Privatwirtschaft jemand etwas im «Selbstbedienungslädeli» holt, heulen nämlich genau jene Fraktionen laut auf und fordern Konsequenzen. Es ist ernüchternd, dass die GLP in der Budgetdebatte noch den Hauch eines finanziellen Gewissens zeigte und jetzt einfach sämtliche Zusatzkredite durchwinkt. Ebenso absurd ist, dass es in der Budgetdebatte um fünf- und sechsstelligen Beträge geht, bei den Zusatzkrediten aber z. T. um achtstellige. Was ist eigentlich mit dem Sparprogramm 17/0?*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2016 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsreferent:

Martin Bürlimann (SVP): *Das Projekt ist nicht abgeschlossen, die Situation ist seit Dezember 2015 bekannt. Es laufen noch Untersuchungen, zu denen im Moment noch nichts gesagt werden kann. Was man weiss, ist, dass es Unregelmässigkeiten bei den*

Verbuchungen gab. Die SVP sieht dies sehr grundsätzlich: Allfällige Unregelmässigkeiten sind Sache des jeweiligen Betriebs und nicht der Öffentlichkeit. Wir erwarten, dass ERZ die Kosten selber trägt. Es sind offenbar noch Rechnungen offen, was unverständlich ist. Der im Moment fehlende Gesamtbetrag von 1,2 Millionen Franken muss ERZ selber einsparen. Sollte sich herausstellen, dass hier strafrechtliche Handlungen vorgefallen sind, muss das Geld auf zivilrechtlichem Weg wieder zurückgeholt werden. Es ist nicht notwendig, vor Abschluss der ganzen Geschichte noch einmal einen Betrag zu sprechen.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Die SP bleibt in der Enthaltung. Wenn die SVP sagt, die Rechnungen müssten selbstverständlich bezahlt werden, ist es nicht nachvollziehbar, warum sie den Zusatzkredit (ZK) ablehnt, denn auf dem entsprechenden Konto ist kein Geld eingestellt. Gut, das Geld ist ja bereits ausgegeben, es ist ein dringlicher ZK. Heute wird abgestimmt über die Beurteilung des Umstands, dass das Geld bereits gezahlt ist. Die SP kann das zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Die Untersuchungen sind am Laufen und über die einschlägigen Fragen wissen wir heute zu wenig, als dass wir sagen könnten, wer was richtig oder falsch gemacht hat.

Shaibal Roy (GLP): Die GLP ist nicht gewillt, ohne die nötige Transparenz sämtlichen ZK – und auch nicht einem dringlichen – zuzustimmen. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass die Ausgaben bereits getätigt wurden und es sich um Zahlungsverpflichtungen handelt, die erfüllt werden müssen. Trotzdem ist eine nachträgliche Legitimierung jetzt nicht möglich. Eine Ablehnung kommt aus dem gleichen Grund auch nicht in Frage; die ganze Sache ist über ein halbes Jahr nach Bekanntwerden leider nicht transparent für das Parlament und insbesondere für die RPK. Wir verstehen, dass die Administrativuntersuchung in geordneten Bahnen geführt werden muss, haben aber klar die Erwartung an den Stadtrat, dass er den definitiven Zeitplan vorlegt. Eine zeitnahe Nachbearbeitung durch die zuständigen Kommissionen muss sichergestellt werden.

S. 2	35 3550 500006	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz: Neubau Logistik- zentrum Hagenholz		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 200 000		
	Neu	0	Zustimmung	Stefan Urech (SVP), Referent
			Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	1 200 000		
	Begründung	Selbstverschuldete Probleme, Einsparungen müssen durch das ERZ selber vorgenommen werden		

4 / 29

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 20 gegen 0 Stimmen (bei 97 Enthaltungen) zu.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Es geht um eine Stellenbeschaffung beim Amt für Städtebau (AfS) (Direktor). Bei 20 000 Beamtinnen und Beamten sollten Personalwechsel auch bei unvorhergesehenen Kündigungen im Durchschnitt gut planbar sein. Die 30 000 Franken sollten eigentlich im Hochbaudepartement (HBD) aufgefangen werden können. Es kann ja nicht sein, dass bei Kündigung eines Direktors gleich ein Zusatzkredit beantragt werden muss. Dass die Stelle möglichst schnell wieder besetzt werden muss, ist in diesem Fall unbestritten.

Rebekka Wyler (SP): Die SVP verlangt ja immer, dass nicht so viel «Luft» budgetiert wird, von daher ist es – zumindest für unsere Seite – eigentlich einleuchtend, dass die 30 000 Franken nicht einfach anderswo hergenommen werden können. Das Geld ist beantragt für die Durchführung eines externen Assessments. Selbstverständlich hat die RPK zahlreiche Fragen betreffend Notwendigkeit und Umfang einer Prüfung der Bewerber gestellt, diese wurden auch ausführlich beantwortet. Für oberste Kaderstellen ist es üblich, solche Assessments durchzuführen. Es waren vier Bewerberinnen und Bewerber. Das HBD hat einen Teil der Arbeiten im Wert von etwa 20 000 Franken selber übernommen und konnte den Betrag auf 30 000 Franken reduzieren.

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): Neben dem Assessment wurde auch eine Findungskommission einberufen, das geht für uns nicht zusammen. Entweder bestimmt man eine Kommission, um die Person zu finden, oder aber man macht ein Assessment. Beides zusammen macht aber keinen Sinn.

S. 2	40 4000 3092 0000	Hochbaudepartement Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Personalwerbung		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	30 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shai-bal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

5 / 29

	Verbesserung	30 000		
	Begründung	Bei 20 000 Beamten sind Personalwechsel und unvorhersehbare Kündigungen im Durchschnitt gut planbar		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): *Laut Stadtrat drängt sich die Schaffung von zwei Sozialpädagogenstellen zur Sicherstellung minimaler altersgerechter Betreuung von rund 45 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden auf. Gemäss Begründung des Stadtrats muss die Stadt diese Aufgabe für den Kanton Zürich ausführen, weil dessen Kapazitäten nicht mehr ausreichen. Die SVP-Fraktion lehnt den ZK ab. Es ist Aufgabe des Kantons, minderjährige Asylbewerber zu betreuen. Die Stadt muss diese Art von Integrationsleistungen nicht erbringen.*

Felix Moser (Grüne): *Zur Betreuung, Begleitung und Förderung der 45 Jugendlichen, die in der Messehalle 9 in Zürich-Oerlikon wohnen, sollen Bezugspersonen eingesetzt werden. Das ist nicht nur wichtig aus Fürsorgepflichten gegenüber diesen Jugendlichen, sondern liegt auch im Interesse der städtischen Bevölkerung und der Anwohner. Die Anstellung muss sofort erfolgen. Per 1. Januar hat der Kanton die Aufnahmequote für die Stadt um 780 Asylsuchende erhöht, deshalb konnte das noch nicht budgetiert werden. Die Mehrheit der RPK findet die Massnahme sehr wichtig und sinnvoll.*

S. 2	55 5500 3650 0303	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	173 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	173 000		
	Begründung	Grundsätzliche Ablehnung der Asylpolitik. Keine städtischen Integrationsleistungen nötig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Es heisst, wegen der starken Zunahme von Asylsuchenden steige der Mittelbedarf für zielgruppenspezifische Informationsangebote. Die SVP lehnt das aus zwei Gründen ab: 1. Solange nicht unterschieden wird zwischen Asylsuchenden, Wirtschaftsmigranten und Einwanderern in unsere Sozialwerke, ist es für die SVP sehr schwierig, einfach in globo etwas durchzuwinken. 2. Im Gebiet der zielgruppenspezifischen Informationsangebote tut die Stadt bereits viel – und eher zu viel als zu wenig. Zudem trägt Zürich genug Last gegenüber jenen, die sich für eine Integration anstrengen sollten. Es braucht keine weiteren Angebote, man kann mit dem bisher stark ausgerüsteten Budget bestens fahren.*

Shaibal Roy (GLP): *Bekanntlich gehört die Integrationsförderung zu den Kernaufgaben der Stadtentwicklung (STEZ). Vor etwas mehr als einem Jahr bewilligte der Gemeinderat auf Basis dieses Auftrags jährliche Ausgaben von höchstens 300 000 Franken für eben solche ergänzenden Informationsprodukte, wobei die Nettoausgaben der Stadt noch 150 000 Franken betragen. Dass zum heutigen Zeitpunkt ergänzende Massnahmen in erster Linie für Flüchtlinge aus Eritrea, Syrien und Afghanistan ziel- und sprachgruppenspezifisch eingeplant werden, ist offensichtlich nötig. Auch die überproportionale Zuteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zeigt einen höheren Betreuungsbedarf auf. Die Aufträge werden in Absprache und Koordination mit der Asylorganisation (AOZ) und der Fachschule Viventa in erster Linie durch Dritte erbracht.*

S. 3	15 1505 3180 0000	Präsidialdepartement Stadtentwicklung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent
			Enthaltung	Vizepräsident Michael Baumer (FDP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Keine zielgruppenspezifische Informationsangebote für Asylanten nötig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Widmer (SVP): Die 1,1 Millionen Franken werden für die Planung des Bundesasylzentrums Zürich gebraucht. Seinerzeit in der Budgetdebatte war das noch nicht aktuell. Die SVP lehnt das Zentrum ab und somit auch diesen Zusatzkredit. Auch wenn die Kosten vom Bund vorfinanziert werden – sie müssen ja doch von jemandem bezahlt werden.

Michael Baumer (FDP): Zum Zeitpunkt der Budgetdebatte war noch nicht klar, wie hoch die Projektierungskosten sind. Jetzt können sie effektiv ausgewiesen werden und sind entsprechend nachzutragen – unabhängig davon, ob man es ein gutes oder ein schlechtes Projekt findet, denn es wurde bewilligt. Ein entsprechender Mehrertrag im Konto 4500 000 von 1,1 Millionen Franken steht dem entgegen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die AL ist und bleibt in der Enthaltung. Nach der Abstimmung über die Asylgesetzrevision erlebten wir, wie innert Kürze eine Koalition existierte, die Verschärfungen auf Bundesebene durchzog. Den Konzepten von Bundesasylzentren, in denen Flüchtlinge von der Öffentlichkeit abgeschottet werden, stehen wir skeptisch gegenüber. Die Stadt ist in die Bresche gesprungen, weil es in der Bevölkerung eine breite Mehrheit gibt, die nicht will, dass eine Abschottung stattfindet, sondern eine Offenheitskultur. Asylsuchende Flüchtlinge, die schwierigste Situationen erlebten, sollen nicht in geschlossenen Unterkünften sein. Die AL hofft, dass der Stadtrat ihre Enthaltung als Verpflichtung wahrnimmt, in den Verhandlungen mit dem Bund dafür zu sorgen, dass die Grundvoraussetzungen für eine spätere Zustimmung zu einem solchen Asylzentrum erfüllt werden, nämlich dass es ein offenes Zentrum ist, damit die Leute mit der Bevölkerung kommunizieren können; dass es keine Eingangskontrolle gibt; dass keine Leute abgeschottet werden. Wenn der Bund und die Stadt eine Mehrheit für diesen Bau erhalten wollen, müssen sie Vorleistungen erbringen.

Stefan Urech (SVP): Statt dass man sich mit dem milliardengrossen Schuldenberg auseinandersetzen würde, hat man Zeit, nach Bern zu gehen und den unbedingten Wunsch nach einem Bundesasylzentrum mitten im Kreis 5 zu äussern. Und es ist so dringend, dass man nicht einmal mehr das nächste Budget abwarten kann. Das ist für

mich sinnbildlich für die Prioritätensetzung des Stadtrats. Das Schöne ist: Im Quartier formiert sich Widerstand: www.asylzentrum.ch.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Ich wohne im gleichen Quartier wie Stefan Urech (SVP), ziemlich nahe am geplanten Asylzentrum und meine Einschätzung ist ganz anders als seine. Wir haben die Petition «Willkommen im Kreis 5 – Petition für eine würdevolle Unterbringung von Flüchtlingen in Zürich» lanciert. Unterdessen haben schon fast 2000 Leute, die vorwiegend in unserem Kreis wohnen, unterschrieben. Ich spüre überhaupt keine Ablehnung gegen den Standort auf dem Duttweiler-Areal. Die von Walter Angst (AL) erwähnten Bedenken waren auch bei uns da, deshalb wollten wir mit der Petition ein Zeichen für ein offenes Zentrum setzen. Die Flüchtlinge sollen dort genug Platz für Privatsphäre haben und für Kinder soll es allenfalls auch Schulräume im neu geplanten Schulhaus Pfingstweid geben, damit sie dort zur Schule gehen können – denn wenn sie bleiben können, müssen sie nachher in die öffentliche Schule gehen, deshalb ist es sinnvoll, wenn sie und ihre Eltern von Anfang an sehen, wie es hier in der Schule läuft. Der Zusatzkredit ist kostenneutral. Wir sind zuversichtlich, dass der Stadtrat unsere Bedenken gehört hat.*

Stefan Urech (SVP): *Es wird immer wieder gesagt, es sei kostenneutral. Das Geld fällt aber nicht einfach irgendwo vom Himmel; das sind Steuergelder, die vom Bund kommen. Das Asylzentrum ist also nicht einfach gratis.*

S. 3	20 2028 3182 0000	Finanzdepartement Liegenschaften des Verwaltungsvermögens Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 100 000	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent
			Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	1 100 000		
	Begründung	SVP lehnt «Bundesasylzentrum Zürich» ab		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Der Stadtrat begründet den Zusatzkredit damit, dass der Markt für Bauingenieure ausgetrocknet sei. Wir sind der Meinung, bei unerwarteten Personalfragen sollte es grundsätzlich keine Zusatzkredite geben. Bei insgesamt 20 000 Angestellten sind diese Sachen im Durchschnitt gut planbar. Zudem soll sich der Staat grundsätzlich auf seine (sauber finanzierten) Kernaufgaben konzentrieren.

Florian Utz (SP): Gegenüber der letzten Legislatur hat sich bei den Bauingenieuren im Tiefbaudepartement (TED) die Fluktuation etwas mehr als verdoppelt – wobei es durchaus Fälle gibt, in denen es Sinn machen kann, sich von einem Angestellten zu trennen. Die SVP argumentiert aber eher dahingehend, der Staat solle weniger machen. Dabei gibt es im Moment ja nicht mehr Strassenbauprojekte als früher, im Gegenteil: Es ist alles blockiert, der Stadtrat verschiebt Projekte auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, und auch der Gemeinderat hat zwei, drei Projekte gebremst. Beim Strassenbau oder dem Bau von Velowegen erlebe ich im Moment tatsächlich alles andere als eine Ausweitung der staatlichen Tätigkeit. Wenn es im TED sehr viele Abgänge von Bauingenieuren gab – egal ob selbstverschuldet oder nicht – findet die RPK-Mehrheit es nicht wahnsinnig konstruktiv, einfach kein Geld zu sprechen. Bei hohen Fluktuationen muss man, wenn auch ohne grosse Freude, entsprechend auf dem Arbeitsmarkt tätig werden und somit auch Geld für Werbung und Direktmarketing ausgeben.

S. 4	35 3515 3092 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Personalwerbung		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	60 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	60 000		
	Begründung	Zu viele städtische Projekte, Reduktion auf Kernaufgaben. Ausbau der staatlichen Tätigkeit ist unnötig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsreferent:

10 / 29

Walter Angst (AL): Der Gemeinderat hat in der Budgetdebatte in voller Kenntnis der Rechtslage entschieden, dass die ausserordentlichen Abschreibungen bei ERZ Abfall nicht weitergeführt werden sollten. Es ist eine Anomalie, die von der Finanzkontrolle und vom Bezirksrat immer wieder gerügt wurde. Dabei wurde aber festgehalten, bis zur Umsetzung des neuen Gemeindegesetzes könne man damit weitermachen. 50 % der Investitionen werden gerade in der Laufenden Rechnung abgeschrieben. Die RPK hat das noch einmal intensiv diskutiert und festgestellt, dass sich an der Situation eigentlich nichts geändert hat. Ihrer Meinung nach ist es sinnvoll, den Wechsel hin zu einer normalen Abschreibungspraxis zu machen und jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Die Grünen wechseln zum Antrag der AL (Zustimmung RPK), weil sich aus ihrer Sicht nichts geändert hat seit der letzten Diskussion zu diesem Thema.

Martin Bürlimann (SVP): Auch die SVP war in der Enthaltung und schwenkt zur Zustimmung. Die Argumentation der RPK leuchtet ein. Es wäre auch an der Zeit, diese Frage einmal grundsätzlich zu regeln, damit solche Sachen nicht mehr in einem Zusatzkredit kommen.

S. 4	35 3550 3320 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionen und Sachgütern des VV		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	14 085 000		
	Neu	0	Zustimmung	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			Enthaltung	Stefan Urech (SVP), Felix Moser (Grüne)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	14 085 000		
	Begründung	Wechsel zu normaler Abschreibungspraxis nicht in Frage stellen. Festhalten am Budgetbeschluss des Gemeinderats		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Es geht um Personalversicherungsbeiträge zwecks vorzeitiger

Altersrücktritte. Wir sind der Meinung, es sollte – wie in jeder grossen Firma – planbar sein, dass Leute früher in Pension gehen. Es sollte auch in der Stadtverwaltung möglich sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenigstens ein Jahr im Voraus ankündigen, wann sie sich pensionieren lassen wollen.

Felix Moser (Grüne): *Die Bedingungen für den vorzeitigen Altersrücktritt sind im Personalrecht der Stadt geregelt: Ein Altersrücktritt kann nach der normalen Kündigungsfrist erfolgen und das korrespondiert leider nicht mit dem Budgettermin der Stadt, weshalb es immer Zusatzkredite geben wird – ausser man würde schon im Budget zu viel Geld einstellen. In der Begründung heisst es «keine Bevorzugung von Beamten gegenüber Privaten» – in der Stadt gibt es schon lange keine Beamten mehr.*

S. 5	40 4020 3040 0000	Hochbaudepartement Amt für Hochbauten Personalversicherungsbeiträge		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	24 100	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	24 100		
	Begründung	Vorzeitige Altersrücktritte sind im Durchschnitt planbar. Keine Bevorzugung von Beamten gegenüber Privaten		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): *Es geht um zwei Mutterschaftsvertretungen und um eine vorzeitige krankheitsbedingte Absenz, woraufhin der entsprechende Mitarbeiter ausschied. Mutterschaftsvertretungen sollten irgendwie im Departement aufgefangen werden. Auch hätten sich die Ferienguthaben mit diesem Mitarbeiter anders regeln lassen, der vorher leider noch krank war und nachher kündigte. Auch das müsste im Departement an einem anderen Ort eingesparrt werden, statt einfach sofort wieder mehr Geld zu verlangen.*

Walter Angst (AL): *Ich persönlich bin einverstanden, dass man in dieser Dienstabteilung die Mehrausgaben für Mutterschaft und Ferienauszahlung hätte*

kompensieren können; wäre die Helpline etwas später eingeführt worden, wäre das aufgegangen. Nachdem wir es beschlossen haben und es auch umgesetzt wird, sollte jetzt aber nicht auf dem Buckel der Mitarbeiter, die Ansprüche haben, die erfüllt werden müssen, eine Kürzungsübung durchgezogen werden.

S. 5	40 4035 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	102 600	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	102 600		
	Begründung	Mutterschaftsvertretungen müssen anderswo im Departement kompensiert werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Hier geht es um nicht budgetierte oder vergessene Beträge, die das HBD nachfordern will. Wir stellen uns ganz klar auf den Standpunkt: Wenn etwas vergessen wurde, soll es halt im entsprechenden Departement eingespart werden. In der Privatwirtschaft läuft es auch nicht anders.

Raphaël Tschanz (FDP): Wenn ich es richtig verstehe, ging hier nichts vergessen. Es geht vielmehr darum, dass man nach Inbetriebnahme der Heizzentrale Hardau II die Aufwände und Erträge, die vorher auf einem Bilanzkonto verrechnet wurden, den entsprechenden Aufwand- und Ertragskonti zuwies. Bei dieser Änderung fallen Mehrausgaben von 1,4 Millionen Franken an. Auf der anderen Seite hat man Erträge auf dem Konto 4360 Rückerstattungen Dritter von 2 Millionen Franken. Ab 2017 werden diese Beträge auch entsprechend ordentlich budgetiert.

13 / 29

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Es wurde mit teurem Geld eine Contracting-Anlage gebaut und nun sagt die SVP, man solle aber die Heizmaterialien, um diese Anlage in Betrieb zu halten, nicht kaufen. Das Geld sollte man aber dringend geben, sonst würden wir massiv Geld verlieren.

S. 5	40 4040 3120 0100	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Wasser, Energie und Heizung: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 400 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Referent Mehrheit
	Verbesserung	1 400 000		
	Begründung	Nicht budgetierte Mehrausgaben müssen anderswo im Departement kompensiert werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): Hier geht es um einen Betrag von 1 Million Franken, der offenbar vergessen ging. Irrtümlich nicht budgetierte Ausgaben sollen anderswo im Departement kompensiert werden. Wenn das dieses Jahr so gemacht wird, passiert es in den nächsten Jahren vielleicht nicht mehr.

Walter Angst (AL): Es geht um einen Schulpavillon im Schulhaus Aegerten, den man aufstocken muss. Die Alternative ist einfach, dass man im Sommer keinen Schulraum hat. Natürlich kann man das HBD bestrafen und sagen, es hätte den Betrag budgetieren müssen. Eine Umlagerung ist nicht möglich, weil ein Investitionsposten enthalten ist.

S. 5	40 4040 500101	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 000 000		Mehrheit Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0		Minderheit Stefan Urech (SVP)
				Enthaltung Vizepräsident Michael Baumer (FDP)
				Abwesend Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	1 000 000		
	Begründung	Irrtümlich nicht budgetierte Ausgaben müssen anderswo im Departement kompensiert werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die Begründung des Schulamts (SAM), wonach die Umstellung des Verrechnungsmodells und die grosse Dynamik im Portfolio der Schulen zu einer höheren Berechnung führten, ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Schulamt stellt jedes Jahr happige Zusatzkredite. Wenn zu tief budgetiert wird, müssen so grosse Beträge an einem anderen Ort im Departement eingespart werden.

Alan David Sangines (SP): Der Stadtrat begründet den Zusatzkredit mit zwei Faktoren: Erstens musste er sich bei der Erstellung des Budgets 2015 auf Durchschnittswerte verlassen. Und seither gab es wirklich eine Umstellung beim Verrechnungsmodell für alle Neubauten und Einmietungen. Zweitens gibt es eine grosse Dynamik im Portfolio Schulen, deshalb fiel die objektspezifische Berechnung höher aus als ursprünglich prognostiziert. Die RPK-Mehrheit findet das sehr nachvollziehbar und erachtet es sicher nicht als sinnvoll, 4,1 Millionen Franken einfach irgendwo im Departement einzusparen.

S. 6	50 5010 3913 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Vergütung an IMMO für Raumkosten		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	4 180 000		Mehrheit Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0		Minderheit Stefan Urech (SVP)
				Abwesend Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	4 180 000		
	Begründung	Nicht vollständig budgetierte Ausgaben müssen anderswo im Departement kompensiert werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die zusätzlichen Sprachkurse für Flüchtlinge sind unserer Meinung nach nicht notwendig. Die Kosten für die Integration von Flüchtlingen explodieren ohnehin schon und es gibt genügend andere Angebote für Flüchtlinge, um Deutsch zu lernen.

Alan David Sangines (SP): Die Mehrheit der RPK findet den neuen Kurs «Deutsch für Flüchtlinge» gut. Es geht darum, jungen, nicht mehr schulpflichtigen Asylsuchenden die deutsche Sprache so weit beizubringen, dass sie nachher bereit sind für ein Berufsvorbereitungsjahr. Der Kurs beinhaltet 60 Plätze, hat verschiedene Niveaustufen und ist auch für Analphabeten zugänglich, was ein Unterschied zu anderen, bereits bestehenden Angeboten ist. Der Kurs richtet sich nicht nur an Asylsuchende, die ein Bleiberecht erhalten, das finden wir gut. Von Vorteil ist auch, dass ein Einstieg mitten im Jahr möglich ist. Wir haben viele Fragen zu diesem Kurs gestellt und sind aufgrund der Antworten der Meinung, dass er ein sehr wichtiges und gutes Angebot für junge Asylsuchende darstellt. Die Zahl der jungen Asylsuchenden hat sich in den letzten Jahren mehr als verdreifacht und der Stadt wurden viele junge Asylsuchende zugewiesen, wovon die meisten ein Bleiberecht erhalten werden und hochmotiviert sind, rasch eine Ausbildung zu absolvieren. Viele bringen bereits sehr viel Arbeitserfahrung mit, ihnen fehlt nur noch die Sprache, um in der Berufswelt durchzustarten. Letztendlich

profitieren von dieser Investition in die Zukunft auch die Steuerzahlenden, weil die jungen Menschen das restliche Rüstzeug erhalten, um rasch von der Sozialhilfe unabhängig zu werden. Zudem leisten sie dann auch Sozialversicherungsabgaben und zahlen selber Steuern.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): *Dass Deutsch wichtig ist, um in der Stadt zu überleben, ist unbestritten. Laut Karin Rykart Sutter (Grüne) freuen sich im Kreis 5 aber Tausende auf das Bundesasylzentrum – darunter finden sich bestimmt ein paar Leute, die den Kurs am Samstagnachmittag freiwillig leiten.*

S. 6	50 5063 3020 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Schul- und Sportdepartement Fachschule Vivant Löhne der Lehrkräfte Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 800		Mehrheit Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0		Minderheit Stefan Urech (SVP)
				Abwesend Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	300 800		
	Begründung	Neues Angebot «Deutsch für Flüchtlinge» nicht notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *«15+» wird erst ab dem nächsten Schuljahr angeboten, es ist unnötig, diese Stelle schon dieses Jahr zu besetzen. Wir sind gegen eine weitere personelle Aufblähung des Schulamts.*

Alan David Sangines (SP): *Bei «15+» handelt es sich um ein Bildungsangebot für Sonderschülerinnen und -schüler. Dieses ist wichtig für die Schülerinnen und Schüler*

und auch sinnvoll, weil drei verschiedene Schulangebote für diese Zielgruppe zu einem Angebot verschmolzen werden, wodurch auch Synergien geschaffen werden. Die Minderheit hat offenbar nichts gegen das Angebot «15+», sondern nur gegen die Schulleitungsstelle. Im Hinblick auf einen reibungslosen Übergang der drei Angebote vom Schulamt zur Fachschule Viventa findet die Kommissionmehrheit es einleuchtend, jetzt schon eine Schulleitungsstelle zu schaffen. Diese kann sich dann um alles Organisatorische und Konzeptuelle kümmern, damit das wichtige Angebot «15+» 2017/2018 gewährleistet ist. Die Minderheit hat den Antrag gestellt, bevor die umfangreichen und überzeugenden Unterlagen vorlagen.

S. 7	50 5063 3092 0000	Schul- und Sportdepartement Fachschule Viventa Personalwerbung		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	10 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	10 000		
	Begründung	Neu geschaffene Stelle «Schulleitung 15+» nicht notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): *Laut der Begründung des Stadtrats soll der Einstieg ins Berufsleben jungen Asylsuchenden, die sich zurzeit noch in einem Asylverfahren befinden, durch den Grundkurs «Deutsch und Integration» einfacher gelingen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass in diesem Fall der Grundkurs nicht notwendig ist, weil das Asylverfahren noch im Gang ist und noch nicht beschlossen wurde, ob die Person bleiben kann oder nicht. Deshalb ist es auch verfrüht, in diesem Moment schon von Integration zu reden. In Bezug auf den «Gastrokurs mit Zertifikat» ist die SVP-Fraktion grundsätzlich der Meinung, dass die Schaffung von Kursen, die den Einstieg in die Arbeitswelt erleichtern und so die städtischen Arbeitsintegrationskosten tief halten, sinnvoll sind. Die Finanzierung sollte aber durch den Kanton, die Kursteilnehmer selber sowie durch das anbietende Gewerbe erfolgen.*

Felix Moser (Grüne): Der Kurs richtet sich an Asylsuchende, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Bleiberecht erhalten. Somit ist der Kurs sehr wohl sinnvoll, denn gerade für diese Personen ist es wichtig, frühzeitig Deutsch zu lernen, um sich gut zurechtzufinden und später weniger Kosten zu verursachen.

S. 7	55 5500 3650 0303	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	435 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	435 000		
	Begründung	Grundlagenschulung «Deutsch und Integration» nicht notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Widmer (SVP): Erfreulicherweise wurde das Konto Personalwerbung mit 18 500 Franken weniger belastet, aber weil das Geld von der einen Seite nicht gebraucht wurde, soll es jetzt transferiert statt gesparrt werden – die SVP lehnt diesen Umbuchungsantrag ab.

Michael Baumer (FDP): Das Geld wurde nicht nicht gebraucht, sondern es geht um eine Praxisänderung bei der Verbuchung gesamtstädtischer Anlässe, die der Berufsbildung dienen. Die Abklärung beim Gemeindeamt des Kantons Zürich ergab, dass man es am richtigen Ort verbuchen muss – und das macht man mit dieser Kreditübertragung.

S. 7	20 2050 von 3092 0000 nach 3091 0000	Finanzdepartement Human Resources Management Personalwerbung Aus- und Weiterbildung des Personals		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	18 500	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Bei Aus- und Weiterbildung des Personals Kosten reduzieren (Keine Kreditübertragungen im Sinne «das Geld nicht ausgeben»)		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Widmer (SVP): Würde man die Kosten nicht verschieben, wäre es nicht kostenneutral, sondern eine Kostenverbesserung. Deshalb lehnen wir die Umbuchung ab.

Michael Baumer (FDP): Auch hier geht es eben nur um eine Praxisänderung bei der Verbuchung von tatsächlich anfallenden externen Kosten und diese basiert auf Handlungsempfehlungen der Finanzkontrolle und des Gemeindeamts. Es geht nicht darum, ob man Kosten macht oder nicht, sondern darum, dass die Kosten, von denen schon lange bekannt ist, dass sie anfallen, am Schluss auf dem richtigen Konto sind.

S. 8	20 2050 von 3099 0000 nach 3180 0000	Finanzdepartement Human Resources Management Übriger Personalaufwand Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
17)	Anträge der RPK			

	Antrag Stadtrat	25 000	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Kosten reduzieren		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): Die Mehrkosten entstehen vor allem wegen der Asylzentren in der Halle 9 und in Zürich Nord und weil es mit der Informationspolitik der AÖZ offenbar harzt – sonst hätte man gar keine Container gebraucht. Meines Wissens wurde ein Spezialkredit von 50 Millionen Franken gesprochen und wenn man bei solchen Summen nichts mehr umdisponieren können soll, dann weiss ich auch nicht mehr, was sagen. Man muss jetzt einfach schauen, dass man die Pavillons günstiger machen kann.

Raphaël Tschanz (FDP): Es entstehen keine Zusatzkosten, sondern es ist eine Kreditübertragung aufgrund der Schulraumplanung vom einen Pavillon zum anderen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Das sind Pavillons, die erst im nächsten Sommer bezogen werden sollten. In der Planung haben die Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) und das Schulamt gemerkt, dass sie das Geld an einem anderen Ort brauchen. Der Pavillon wird in der Manegg erstellt und nicht in Zürich Nord – es besteht also kein Zusammenhang mit den Asylbewerbern. Und Mehrkosten gibt es keine, denn die Stadträte gehen davon aus, dass jährlich sechs Pavillons realisiert werden, mehr sind gar nicht möglich. Es ist also nur noch die Frage, wo diese jeweils hinkommen sollen. Verschiebungen vom einen Ort zum anderen sind da durchaus möglich, und dies hat mittels Zusatzkrediten zu geschehen, weil es beim richtigen Investitionskredit budgetiert werden muss.

Felix Moser (Grüne): Es geht hier wirklich um Schulpavillons. Jenen, der im Apfelbaum geplant war, braucht es noch nicht, dafür braucht es einen in der Manegg. Für uns Grünen war problematisch, dass der Pavillon genau im Schülergarten zu stehen kommen soll – es ist natürlich unschön, wenn die Pavillons immer dort platziert werden, wo es noch Grün hat. Der Stadtrat hat uns aber versichert, dass es für den

Schüलगarten direkt neben dem Pavillon einen Ersatz geben wird.

S. 10	40 4040 von 500571 nach 500580	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Schulanlage Apfelbaum: Erstellung Pavillon Schulanlage Manegg: Erstellung Pavillon II		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	130 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Referent Mehrheit
	Begründung	Bei Pavillons Kosten reduzieren		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): Hier ist es das Gleiche; man soll einfach schauen, dass man es günstiger realisieren kann, dann braucht es das Geld nicht.

Raphaël Tschanz (FDP): Es wurde bereits alles gesagt und ich bitte um Zustimmung.

S. 10	40 4040 von 500560 nach 500584	Hochbaudepartement Immobilien Stadt Zürich Schulanlage Untermoos: Erstellung Pavillon II Schulanlage Triemli/In der Ey: Erstellung Pavillon IV		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	130 000	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Referent Mehrheit
	Begründung	Bei Pavillons Kosten reduzieren		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 20)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Im Dezember 2015 wurde ein 7-Millionen-Posten für Lehrmittel gesprochen. Aber wer hätte damals gedacht, dass darin 275 000 Franken enthalten sind, die für Druck- und Reprokosten, für Anschaffungen von Maschinen und Geräten sowie für Mobilien gebraucht werden? Wir haben keine Ahnung, wie viel von den 7 Millionen Franken sonst noch zweckentfremdet wird. Nur schon aus Protest gegen diese Art von Budgetierung sagt die SVP Nein.*

Alan David Sangines (SP): *Auch hier handelt es sich um eine Kreditübertragung und nicht um einen Zusatzkredit. Das kann man gut nachvollziehen: Bis 2014 wurden die verschiedenen Ausgaben im Globalkredit der Schule im Konto Lehrmittel verbucht, dann gab die Finanzkontrolle die Handlungsanweisung, die Verbuchung zu korrigieren und auf die einzelnen Konti aufzuteilen. Damit wird genau der Sorge von Dr. Daniel Regli (SVP), dass da noch irgendwelche Posten versteckt wären, entgegengewirkt. Im Budget 2016 stellte die SVP gar keinen Antrag zur Reduktion der Lehrmittel, und jetzt, wo es nur um eine Kreditübertragung geht, ist sie plötzlich der Meinung, man sollte die Kosten für die Lehrmittel reduzieren. Allerdings ist das der falsche Anlass dazu, denn hier gehen ja bereits Kosten vom Konto Lehrmittel weg.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Im Dezember 2015 konnten wir nicht wissen, dass das Geld zweckentfremdet, also gar nicht für Lehrmittel ausgegeben wird. Die Finanzkontrolle ist ja eigentlich eine Stabsstelle des Gemeinderats, wenn man es richtig betrachten würde, es läuft aber ganz anders. Wieso muss die Finanzkontrolle so etwas überhaupt aufdecken? Wir finden auch, in Zukunft müsste korrekt budgetiert und abgerechnet werden. Aber angesichts der bisherigen Praxis und der Vermutung, dass noch etliches mehr so undurchsichtig läuft, geben wir eine Proteststimme ab.*

Walter Angst (AL): *Es trifft nicht zu, dass die Finanzkontrolle nach der Pfeife des Stadtrats tanzt.*

S. 10	50 5010 von 3103 0000 nach 3101 0000 3111 0000 3119 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Lehrmittel Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge Anschaffungen übrige Mobilien		
20)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	275 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Bei Lehrmitteln Kosten reduzieren		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es wird begründet, die Lehrer würden eine Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule machen, deshalb soll das Geld an die Vikare gehen. Das könnte aus unserer Sicht ein Täuschungsmanöver sein, wir werden bei der Rechnung 2016 genau darauf achten, wie das passierte, denn die Lehrer werden ihre Löhne ja weiterhin bekommen. Wir sind auch grundsätzlich gegen den Ausbau der Viventa zum Auffangbecken der schlechten Bildungs- und Immigrationspolitik der Stadt: In letzter Zeit werden immer mehr Brückenangebote und Kurse geschaffen.

Alan David Sangines (SP): Neu können die Lehrpersonen der Fachschule Viventa an Intensivweiterbildungen der Pädagogischen Hochschule teilnehmen und dadurch braucht es mehr Vikariatseinsätze – es wird also nicht mehr Geld ausgegeben. Eine Mehrheit des Gemeinderats beschloss in der Budgetdebatte 2016 die Erhöhung des Kontos «Löhne der Lehrkräfte» um 402 800 Franken mit der Begründung, dass die Wochenlektionen für das Berufsvorbereitungsjahr nicht bzw. nur um zwei Lektionen reduziert werden sollen. Gemäss Aussagen der Stadtverwaltung berührt die Übertragung auf die Vikariatseinsätze die Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses nicht, somit steht der Kreditübertragung nichts im Weg.

S. 11	50 5063 von 3020 0000 nach 3029 0000	Schul- und Sportdepartement Fachschule Viventa Löhne der Lehrkräfte Entschädigungen an VikarInnen		
21)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Referent Minderheit; Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Bei Vikariaten Kosten reduzieren		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Der Stadtrat begründet die beantragte Übertragung damit, dass die Lücken in der Kinderbetreuung geschlossen werden sollen. U. a. sollen mit dem Betrag subventionierte Kita-Plätze ausgebaut werden. Die Minderheit lehnt die Kreditübertragung ab, weil sie gegen einen beschleunigten Ausbau der ausserfamiliären Kinderbetreuung ist.

Felix Moser (Grüne): Die durch die gestrichenen Kleinkinderbetreuungsbeiträge freiwerdenden Gelder sollen neu für subventionierte Krippenplätze eingesetzt werden. Das ist aus Sicht der RPK-Mehrheit durchaus eine sinnvolle Verwendung. In der Stadt gibt es unterdessen zwar genug Krippenplätze, aber nach wie vor sind zu wenige subventioniert. Mit diesen Geldern ist es möglich, in absehbarer Zeit genügend subventionierte Krippenplätze am richtigen Ort zur Verfügung zu stellen. Es ist wichtig, dass alle Kinder einen Platz haben und dass die Eltern arbeiten gehen können. Vereinbarkeit von Familie und Beruf nützt der Wirtschaft, minimiert die sozialen Folgekosten und hilft bei der Bekämpfung von Armut.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Ich lese eine Passage aus einem Interview in einem grossen

Boulevardblatt vor und die Anwesenden können dann raten, von wem diese Aussage stammt bzw. Michael Baumer (FDP) kann darauf replizieren: «Die Schweiz hat ein unglaubliches Potenzial an gut ausgebildeten Müttern, die nur in kleinen Pensen oder gar nicht berufstätig sind. Der Staat hat Milliarden in die Ausbildung all dieser Frauen investiert, nun liegen diese Investitionen brach. Die derzeitigen Rahmenbedingungen machen es für viele Frauen schwierig, mehr zu arbeiten. [Journalist: Was fehlt?] – Wir haben noch viel zu wenig bezahlbare Kinderbetreuung.» Die relativ gut verdienenden Eltern, die einen Anspruch auf einen kostenreduzierten Betreuungsplatz hätten, sollen durch den Ausbau auch in den Genuss bezahlbarer Betreuungsplätze kommen. Im Moment erhalten nur jene mit tiefen und mittleren Einkommen einen Betreuungsplatz. Wie kann die FDP dagegen sein, dass in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert wird?

Michael Baumer (FDP): *Die Frau Volkswirtschaftsdirektorin hat selbstverständlich Recht. Die alte Frage ist nur, wie und wie schnell man das durchaus korrekte Ziel, jedem Kind einen Betreuungsplatz zu garantieren, erreicht. Mit einer solchen Garantie verliert man am Schluss die Finanzen aus dem Griff. Hier ist die Frage ja nicht, ob man für oder gegen Betreuungsplätze oder für oder gegen Subventionierungen in diesem Bereich ist, sondern: Wie kommt man an billigere Plätze? Vielleicht muss man einmal nach den Regulierungen fragen und danach, warum es nicht mehr private, gut finanzierbare Angebote gibt. Wenn der Kanton Zürich die Betreuungsplätze nicht mehr finanziert, heisst das nicht automatisch, dass die Stadt das übernehmen muss.*

Felix Moser (Grüne): *Es ist nicht so, dass der Kanton es nicht mehr finanziert und die Stadt das übernehmen muss. Der Kanton streicht die Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB), die Eltern, die zu Hause blieben, als Unterstützung erhalten haben. Im Fall der Krippen sind die Kinder ja nicht mehr zu Hause und es werden die Kosten der Krippen reduziert.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Bei der Kreditübertragung geht es vor allem darum, dass mehr subventionierte Plätze angeboten werden können, sodass alle, die einen Platz zugute haben, auch einen bekommen. Es gibt immer noch zu wenig subventionierte Plätze und es kann nicht sein, dass Leute, die eigentlich Anspruch auf Subventionen haben, den vollen Preis zahlen oder in der Stadt herumwandern müssen, um einen Platz zu suchen. Die 3,4 Millionen Franken sind im Verhältnis zu den 16,6 Millionen Franken, die man weniger ausgeben muss, verkraftbar.*

Karin Weyermann (CVP): *Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein grosses Thema in der CVP und auch für mich persönlich. Deshalb werden wir der Kreditübertragung zustimmen. Der Kanton Zürich hat die KKBB abgeschafft, die Stadt wird diese nicht mehr auszahlen müssen und damit wird ein Betrag frei, den man für den Ausbau des Krippenplatzangebots verwenden kann. Die Umlagerung und der Ausbau überzeugen, u. a. auch, weil damit ein Systemwechsel verbunden ist, sodass die Krippenplätze nachher auch dort sind, wo sie wirklich gebraucht werden.*

S. 11	55 von 5550 3660 0600 nach 5500 3650 0660 5550 3660 0000	Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge für Betreuung von Kleinkindern Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Betreuungsbeiträge für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten Soziale Dienste Beiträge an Private		
22)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	3 400 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP)
			Abwesend	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung	Kein beschleunigter Ausbau der ausserfamiliären Kinderbetreuung		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): So, das «Lädeli» macht die Türen wieder zu, die Mitarbeiter wollen in den Feierabend. Wir konnten feststellen, dass im Selbstbedienungsladen nicht Überlebens-Kits, Energieriegel oder Feuerlöscher verkauft werden, sondern: Schnickschnack. Es hiess jetzt mehrmals, die SVP bringe «schräge» Anträge. Was ich schräg finde, ist, dass wir heute nochmal 23 Millionen Franken auf unseren milliardenhohen Schuldenberg geladen haben. Besonders erstaunt mich das von der jungen Generation; dass sie alles mitschluckt, wo sie doch früher oder später auf dem Schuldenberg sitzen wird.

Walter Angst (AL): Wenn man Schulpavillons oder die nötige Ausstattung der Dienstabteilungen als Schnickschnack bezeichnet, dann ist man nicht wirklich auf dem richtigen Pfad. Aufgrund von 17/0-Massnahmen sind wir heute an einem Punkt, wo das Budget nicht aufgebläht wird, sondern sich Mehraufwand und Mehrertrag bei den ZK faktisch die Waage halten. Zu diesen bereinigten Anträgen braucht es ein deutliches Ja. Ein Nein würde der Verwaltung und der Stadt nicht helfen.

Shaibal Roy (GLP): Vielleicht hatten manche nicht genug Zeit, sich in die Materie einzulesen und vermochten deshalb nicht unbedingt qualifizierte Aussagen zu machen.

Die GLP schaut die Sachen an und beurteilt, ob etwas Sinn macht oder nicht. Man muss eben auch die Nettozahl betrachten; brutto sind es die 23 Millionen Franken, netto aber nur 326 000 Franken. Letztes Jahr waren es in den Zusatzkrediten I. Serie (ohne Kreditübertragungen) über 20 Anträge und netto über 4 Millionen Franken. Wir haben uns über Parteigrenzen hinweg angestrengt und das Budget zurechtgestutzt und der Stadtrat hat das auch ernst genommen und den Auftrag erkannt. Die präsentierten Zusatzkredite lassen hoffen, dass ein Trend besteht, der Zusammenarbeit gewährleistet und auch die Gewissheit für den Gemeinderat, keine aufgeblähten Budgets zu haben. Nötige und transparente ZK sollen bewilligt werden.

Michael Baumer (FDP): *Es war sicher nicht alles Schnickschnack – die FDP hat ja auch einige Anträge mit unterstützt. Allerdings finden wir nicht, dass jetzt einfach alles in Ordnung wäre. Es steht auch im Gesamtkontext der letzten Budgetabstimmung; obwohl das Budget vielleicht nicht «aufgebläht» ist, können wir mit dem Budget insgesamt doch nicht zufrieden sein. Trotz super Steuereinnahmen sind wir immer noch nicht dort, wo wir sein möchten und weil in den Zusatzkrediten keine zusätzlichen Sparanstrengungen unternommen wurden, lehnen wir sie insgesamt ab.*

Alan David Sangines (SP): *Shaibal Roy (GLP) hat sehr gut erklärt, was netto an Zusatzkrediten verursacht wurde. Die SVP spricht von Schnickschnack, ohne diesen irgendwo benannt zu haben. In der Kommissionsberatung hat sie meines Wissens auch keine Fragen dazu gestellt. Wir hingegen haben die Zusatzkredite sehr genau angeschaut, viele Fragen eingereicht und die Antworten und Dokumentationen anschliessend durchgearbeitet, um sicherzugehen. Dort, wo die SVP etwas benannt hat, war es einfach falsch, z. B. bei den Kreditübertragungen, wo sie forderte, man solle halt weniger ausgeben. Weiter wollte sie, dass man zwischen Asylsuchenden und Wirtschaftsmigranten unterscheidet – den Status «Wirtschaftsmigrant» gibt es aber gar nicht. Kommt hinzu, dass die SVP die minderjährigen unbegleiteten Asylsuchenden in kantonaler Zuständigkeit sieht, obwohl sie es nachweislich nicht sind. Wenn man Fundamentalkritik an den Zusatzkrediten übt, sollte man wenigstens auch eine seriöse Argumentation vorbringen.*

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit:	Präsident Walter Angst (AL), Referent; Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit:	Stefan Urech (SVP), Referent
Enthaltung:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP)
Abwesend:	Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2016 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	9 614 500	1 500 000
2. Kreditübertragungen	+9 062 000 -9 062 000	+260 000 -260 000
Zusatzkredite brutto	9 614 500	1 500 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	9 614 500	1 500 000
- den Kreditübertragungen von	+9 062 000	+260 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-9 062 000	-260 000
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-9 287 800	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	326 700	1 500 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 13. Juli 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung



29 / 29

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat